

Amtsblatt

des Ministeriums für Bildung, Jugend und Sport

**LAND
BRANDENBURG**



28. Jahrgang

Potsdam, den 13. Februar 2019

Nummer 5

Inhaltsverzeichnis

I. Amtlicher Teil

Seite

Bildung

Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Verwaltungsvorschriften über die Schulvisitation im Land Brandenburg vom 16. Januar 2019	64
Rundschreiben 2/19 vom 11. Februar 2019 Reisekostenerstattung bei Schulfahrten	69

I. Amtlicher Teil

Bildung

Verwaltungsvorschriften zur Änderung der Verwaltungsvorschriften über die Schulvisitation im Land Brandenburg

Vom 16. Januar 2019
Gz.: 31.14 - 51800

Aufgrund des § 146 des Brandenburgischen Schulgesetzes (BbgSchulG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 2. August 2002 (GVBl. I S. 78) bestimmt die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport:

1 - Änderung der Verwaltungsvorschriften über die Schulvisitation im Land Brandenburg

Die Verwaltungsvorschriften über die Schulvisitation im Land Brandenburg vom 13. Oktober 2016 (ABl.MBJS S. 434) werden wie folgt geändert:

1. In der Inhaltsübersicht werden die Angaben zu den Anlagen 1 und 2 wie folgt gefasst:

„Anlage 1 - Gegenüberstellung Basis- und Wahlmerkmale Qualitätsprofil Schulvisitation/Qualitätsmerkmale Orientierungsrahmen Schulqualität
Anlage 2 - Muster Verpflichtungserklärung zur Wahrung von Geschäftsheimnissen“.
2. Die bisherigen Anlagen 1 und 2 werden durch die diesen Verwaltungsvorschriften beigefügten Anlagen gleicher Nummer ersetzt.

2 - Inkrafttreten

Diese Verwaltungsvorschriften treten mit Wirkung vom 1. Dezember 2018 in Kraft.

Die Ministerin für Bildung, Jugend und Sport

Britta Ernst

Anlage 1

Gegenüberstellung Basis- und Wahlmerkmale Qualitätsprofil Schulvisitation/Qualitätsmerkmale Orientierungsrahmen Schulqualität

BM/WM	Qualitätsprofil Schulvisitation	QM	Orientierungsrahmen Schulqualität
B 1	Unterricht	2.2 3.2 6.1	Unterrichtsgestaltung Schulklima Fachliche und fachübergreifende Kompetenzentwicklung
B 2	Schulmanagement	4.1 4.2 4.3 4.4	Führungsverantwortung Unterrichtsorganisation Personalentwicklung und -einsatz Qualitätsmanagement
B 3	Qualitätsentwicklung	1.2 1.3	Entwicklungsplanung und -umsetzung Evaluation
B 4	Förderung	2.3	Schülerförderung im Lernprozess
B 5	Professionalisierung	4.3 5.1 5.2 5.3	Personalentwicklung und -einsatz Kommunikation und Kooperation im Kollegium Fortbildungsplanung und Fortbildung Lehrerbildung
B 6	Medienbildung	2.1 2.2	Schulinternes Curriculum Medienbildung Unterrichtsgestaltung Didaktisch sinnvolle Einbindung von Medien und Methoden
B 7	Schulformspezifisch weiterführende allgemeinbildende Schule Berufs- und Studienorientierung	3.3 6.1	Schülerberatung Berufs- und Studienorientierung Fachliche und fachübergreifende Kompetenzentwicklung
B 7	Schulformspezifisch Grundschule Lernentwicklung Sprachbildung Zusammenarbeit mit Kita Umgang mit Heterogenität Jahrgangsstufenübergreifender Unterricht	2.1 2.3 6.1	Schulinternes Curriculum Sprachbildung Schülerförderung im Lernprozess Förderung der Sprachbildung Fachliche und fachübergreifende Kompetenzentwicklung Verantwortungsbereitschaft, soziales Engagement und Toleranz
W 1	Ganztag	2.5	Ganztag
W 2	Leistungsbewertung	2.4	Leistungsorientierung und -bewertung
W 3	Gesundheitsförderung	3.1 3.2 4.5 6.1	Schule als Lebensraum Schulklima Gesundheitsförderung und -prävention sowie Arbeitsbedingungen Fachliche und fachübergreifende Kompetenzentwicklung
W 4	Sprach- und Leseförderung	2.1 2.3	Schulinternes Curriculum Sprachbildung Schülerförderung im Lernprozess Förderung der Sprachbildung
W 5	Schulleben	3.1 3.4 6.3	Schule als Lebensraum Beteiligung der Schülerinnen, Schüler und Eltern Zufriedenheit
W 6	Kooperation	3.5	Kooperation
W 7	Ganztagsangebote in offener Form	2.5	Ganztag
W 8	Schulinternes Curriculum	2.1	Schulinternes Curriculum

Anlage 2

Muster**Verpflichtungserklärung**

Nach § 1 des Gesetzes über die förmliche Verpflichtung nichtbeamteter Personen vom 2. März 1974 (BGBl I 19974, 547; BGBl III 19974, 453-17), geändert durch das Gesetz zur Änderung des Einführungsgesetzes zum Strafgesetzbuch vom 15. August 1974 (BGBl I 1974, 1942).

Herr/Frau (Verpflichteter/Verpflichtete) verpflichtet sich hiermit zur gewissenhaften Erfüllung seiner/ihrer Obliegenheiten in Bezug auf die Durchführung der Schulvisitation an der Schule des Landes Brandenburg.

Die Verarbeitung personenbezogener Daten (Artikel 4 Nummer 1 der Verordnung [EU] 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 27. April 2016 [Datenschutz-Grundverordnung - DSGVO] ist nach Artikel 6 Absatz 1 Buchstabe e) nur zulässig, wenn die Verarbeitung für die Wahrnehmung der Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde. Im Zweifel ist zuvor die Stellungnahme des Datenschutzbeauftragten einzuholen.

Die im Zusammenhang mit der Teilnahme an der Schulvisitation erlangten Unterlagen oder sonstige nicht allgemein zugängliche Informationen sind vertraulich zu behandeln. Die Nutzung dieser Unterlagen und Informationen ohne vorherige schriftliche Vereinbarung mit der Leitung der Schulvisitation ist ausgeschlossen.

Dem/Der Verpflichteten wird der Inhalt der folgenden Strafvorschriften des Strafgesetzbuches in der Anlage bekannt gemacht:

§ 133 Absatz 3 Verwahrungsbruch,

.....

§ 201 Absatz 3 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes,

.....

§ 203 Absatz 2, 4, 5 Verletzung von Privatgeheimnissen,

.....

§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse,

.....

§§ 331 bis 335 Vorteilsannahme und Bestechlichkeit,

.....

§ 353 b Verletzung des Dienstgeheimnisses,

.....

§ 358 Nebenfolgen

.....

Der/Die Verpflichtete wurde darauf hingewiesen, dass die vorgenannten Strafvorschriften auf Grund der Verpflichtung für ihn/sie anzuwenden sind.

Die Verpflichtungen bestehen ohne zeitliche Begrenzung und auch nach Beendigung der Teilnahme an der Schulvisitation fort.

Er/Sie erklärt, von dem Inhalt der genannten Bestimmungen unterrichtet zu sein.

Er/Sie unterzeichnet diese Verpflichtungserklärung zum Zeichen der Genehmigung und bestätigt gleichzeitig den Empfang einer Abschrift dieser Erklärung. Ein unterschriebenes Exemplar der Verpflichtungserklärung wird in der Landesgeschäftsstelle Schulvisitation zu den Akten genommen.

Die beigelegte Anlage (Gesetzesbestimmungen) ist Bestandteil dieser Verpflichtungserklärung.

(Ort, Datum)

(Unterschrift des/der Verpflichteten)

Merkblatt zur Verpflichtungserklärung

Artikel 6 DSGVO (auszugsweise)

„(1) Die Verarbeitung ist nur rechtmäßig, wenn mindestens eine der nachstehenden Bedingungen erfüllt ist:

(...)

e) die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung der Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem Verantwortlichen übertragen wurde;

(...).

Artikel 4 DSGVO (auszugsweise)

„Im Sinne dieser Verordnung bezeichnet der Ausdruck:

1. „personenbezogene Daten“ alle Informationen, die sich auf eine identifizierte oder identifizierbare natürliche Person (im Folgenden „betroffene Person“) beziehen; als identifizierbar wird eine natürliche Person angesehen, die direkt oder indirekt, insbesondere mittels Zuordnung zu einer Kennung wie einem Namen, zu einer Kennnummer, zu Standortdaten, zu einer Online-Kennung oder zu einem oder mehreren besonderen Merkmalen, die Ausdruck der physischen, physiologischen, genetischen, psychischen, wirtschaftlichen, kulturellen oder sozialen Identität dieser natürlichen Person sind, identifiziert werden kann;

(...).

§ 133 Verwahrungsbruch (StGB)

„ (3) Wer die Tat an einer Sache begeht, die ihm als Amtsträger oder für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten anvertraut worden oder zugänglich geworden ist, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.“

§ 201 Verletzung der Vertraulichkeit des Wortes (StGB)

„(1) Mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer unbefugt

1. das nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen auf einen Tonträger aufnimmt oder
2. eine so hergestellte Aufnahme gebraucht oder einem Dritten zugänglich macht.

(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt

1. das nicht zu seiner Kenntnis bestimmte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen mit einem Abhörgerät abhört oder
2. das nach Absatz 1 Nummer 1 aufgenommene oder nach Absatz 2 Nummer 1 abgehörte nichtöffentlich gesprochene Wort eines anderen im Wortlaut oder seinem wesentlichen Inhalt nach öffentlich mitteilt.

Die Tat nach Satz 1 Nummer 2 ist nur strafbar, wenn die öffentliche Mitteilung geeignet ist, berechnete Interessen eines anderen zu beeinträchtigen. Sie ist nicht rechtswidrig, wenn die öffentliche Mitteilung zur Wahrnehmung überragender öffentlicher Interessen gemacht wird.

(3) Mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe wird bestraft, wer als Amtsträger oder als für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteter die Vertraulichkeit des Wortes verletzt (Absätze 1 und 2).“

§ 203 Verletzung von Privatgeheimnissen (StGB)

„(2) Ebenso wird bestraft, wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein zum persönlichen Lebensbereich gehörendes Geheimnis oder ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, offenbart, das ihm als

1. Amtsträger,
2. für den öffentlichen Dienst besonders Verpflichteten,
3. Person, die Aufgaben oder Befugnisse nach dem Personalvertretungsrecht wahrnimmt,
4. Mitglied eines für ein Gesetzgebungsorgan des Bundes oder eines Landes tätigen Untersuchungsausschusses, sonstigen Ausschusses oder Rates, das nicht selbst Mitglied des Gesetzgebungsorgans ist, oder als Hilfskraft eines solchen Ausschusses oder Rates,
5. öffentlich bestelltem Sachverständigen, der auf die gewissenhafte Erfüllung seiner Obliegenheiten auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist, oder
6. Person, die auf die gewissenhafte Erfüllung ihrer Geheimhaltungspflicht bei der Durchführung wissenschaftlicher Forschungsvorhaben auf Grund eines Gesetzes förmlich verpflichtet worden ist,

anvertraut worden oder sonst bekanntgeworden ist. Einem Geheimnis im Sinne des Satzes 1 stehen Einzelangaben über persönliche oder sachliche Verhältnisse eines anderen gleich, die für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung erfasst worden sind; Satz 1 ist jedoch nicht anzuwenden, soweit solche Einzelangaben anderen Behörden oder sonstigen Stellen für Aufgaben der öffentlichen Verwaltung bekanntgegeben werden und das Gesetz dies nicht untersagt.

(2a) Die Absätze 1 und 2 gelten entsprechend, wenn ein Beauftragter für den Datenschutz unbefugt ein fremdes Geheimnis im Sinne dieser Vorschriften offenbart, das einem in den Absätzen 1 und 2 Genannten in dessen beruflicher Eigenschaft anvertraut worden oder sonst bekannt geworden ist und von dem er bei der Erfüllung seiner Aufgaben als Beauftragter für den Datenschutz Kenntnis erlangt hat.

(4) Die Absätze 1 bis 3 sind auch anzuwenden, wenn der Täter das fremde Geheimnis nach dem Tod des Betroffenen unbefugt offenbart.

(5) Handelt der Täter gegen Entgelt oder in der Absicht, sich oder einen anderen zu bereichern oder einen anderen zu schädigen, so ist die Strafe Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder Geldstrafe.“

§ 204 Verwertung fremder Geheimnisse (StGB)

„(1) Wer unbefugt ein fremdes Geheimnis, namentlich ein Betriebs- oder Geschäftsgeheimnis, zu dessen Geheimhaltung er nach § 203 verpflichtet ist, verwertet, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.

(2) § 203 Absatz 4 gilt entsprechend.“

§ 358 Nebenfolgen (StGB)

„Neben einer Freiheitsstrafe von mindestens sechs Monaten wegen einer Straftat nach den §§ 332, 335, 339, 340, 343, 344, 345 Absatz 1 und 3, §§ 348, 352 bis 353b Absatz 1, §§ 355 und 357 kann das Gericht die Fähigkeit, öffentliche Ämter zu bekleiden (§ 45 Absatz 2), aberkennen.“

Rundschreiben 2/19

Vom 11. Februar 2019
Gz.: 13.12 - 301-01

Reisekostenerstattung bei Schulfahrten

In Ergänzung zu den bestehenden Regelungen des Bundesreisekostengesetzes (BRKG) vom 26. Mai 2005 (BGBl. I S. 1418), zuletzt geändert durch Artikel 3 des Gesetzes vom 20. Februar 2013 (BGBl. I S. 285, 290) - Gesetz zur Änderung und Vereinfachung der Unternehmensbesteuerung und des steuerlichen Reisekostenrechts und der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Landes Brandenburg zum Bundesreisekostengesetz (BbgBRKGVwV) vom 2. August 2005 zuletzt geändert durch Dritte Verwaltungsvorschrift zur Änderung der Allgemeinen Verwaltungsvorschrift des Landes Brandenburg zum Bundesreisekostengesetz (3. Änd-BbgBRKGVwV) vom 11. Juni 2018 gelten hinsichtlich der Kostenerstattung bei Schulfahrten nachfolgende Regelungen:

1. Die Teilnahme der fahrleitenden oder begleitenden Lehrkräfte an einer Schulfahrt ist eine Dienstreise im Sinne des § 2 Abs. 1 Bundesreisekostengesetzes (BRKG).
2. Für eintägige Schulfahrten erfolgt keine Tagesgelderstattung.
3. Für mehrtägige Schulfahrten wird für die Verpflegungsmehraufwendungen ein Tagesgeld nach den Regelbestimmungen des BRKG gewährt.

Für jede Nacht erfolgt eine Kostenerstattung nach den Regelbestimmungen des BRKG. Für die Dauer der Benutzung eines Beförderungsmittels wird kein Übernachtungsgeld gewährt.
4. Notwendige Fahrkosten für Schulfahrten werden im Rahmen des § 4 BRKG, jedoch nur in Höhe des auf die

Lehrkraft bzw. den Begleitpersonen entfallenden Kostenanteils, erstattet. Bei Bahnfahrten werden nur die Kosten der zweiten Wagenklasse erstattet. Sofern triftige Gründe für die Benutzung eines privaten Personenwagens vorliegen und diese vor Antritt der Dienstreise anerkannt worden ist, wird eine Wegstreckenentschädigung gemäß § 5 BRKG gewährt.

5. Nebenkosten sind im Rahmen des zugewiesenen Schulbudgets erstattungsfähig, soweit sie im Rahmen des genehmigten Programms tatsächlich notwendig sind und nachgewiesen werden.
6. Sofern bei Schulfahrten ein Pauschalpreis entrichtet wird, werden die hierfür anfallenden Kosten erstattet. Beinhaltet ein Pauschalpreis nicht alle Bestandteile einer Schulfahrt (z. B. Fahrkosten), werden die entsprechenden Kosten hierfür gesondert erstattet.
7. Die Nutzung von Freiplätzen durch Lehrkräfte ist zulässig. Der Freiplatz darf vom Reiseanbieter nicht nur einer bestimmten Lehrkraft (personengebunden) angeboten werden.
8. Beauftragte und nicht im Schuldienst stehende Begleitpersonen erhalten Reisekostenvergütung nach Maßgabe der vorgenannten Absätze.
9. Schulfahrten können genehmigt werden, wenn sie den Vorgaben der VV-Schulfahrten entsprechen und die erforderlichen Reisekostenmittel zur Verfügung stehen oder aus anderen Gründen keine Kosten entstehen. Anträge auf Reisekostenerstattung sind über die Schulleiterin oder den Schulleiter zu stellen.
10. Dieses Rundschreiben tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2019 in Kraft und tritt am 31. Dezember 2023 außer Kraft. Die Regelungen dieses Rundschreibens gelten für Schulfahrten, die ab dem 1. Januar 2019 angetreten werden.

